

Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren

Sahelien

Hintergrundinformationen

18. Wahlperiode

WP18 – 29/04/2019

Sahelien - Hintergrundinformationen

A. EUMISA

Beschluss GASP-2019-5 des Rates der EU vom 17.02. 2019.....	H 3
Übersicht: Beiträge der beteiligten EU-Staaten	H 7

B. Sicherheitspolitische Herausforderungen

Was die Münchner Sicherheitskonferenz über die internationale Ordnung Anfang 2019 aussagt	H 8
Kommentar: Mehr als eifrige Gutmenschen im Tarnanzug?	H 10
Afrika: Terrorgefahr nimmt zu..	H 11
Fluchtursachen: Europa muss die Sicherheitsstrukturen in Afrika stärken	H 12

C. Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afrika

Ein Marshallplan mit Afrika	H 13
Bei der Entwicklung helfen kann man nur als Partner.....	H 14
Stabilität durch Entwicklung und Demokratie	H 15

D. Kritische Stimmen zur aktuellen Afrikapolitik

Ambivalentes Engagement in Afrika	H 17
Frankreichs Rolle in Afrika: Ex-Kolonialmacht als Friedensstifter?	H 18

E. Reportagen und Hintergründe zur Situation in Sahelien

Konfliktherd Sahelien: Sicherheitslage in Westafrika verschlechtert sich	H 19
Angriffe auf EU-Ausbildungsmission in Sahelien	H 19
Informationen der Deutschen Botschaft in Berberien	H 20
Vor Ort in Sahelien	H 21
Am schlimmsten ist die Korruption	H 22

A. EUMISA

BESCHLUSS GASP-2019-5 DES RATES

vom 17. Februar 2019

über eine Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der sahelischen Streitkräfte (EU Mission Sahelia - EUMISA)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 42 Absatz 4 und Artikel 43 Absatz 2,

auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 10. Oktober 2018 festgestellt, dass der dramatische Wandel in den westlichen landesteilen Saheliens eine Überprüfung der Maßnahmen erfordert, die die Union mit Blick auf dieses Land ergriffen hat, um die Wiederherstellung einer demokratischen Regierung und der Rechtsstaatlichkeit im gesamten Hoheitsgebiet Saheliens zu unterstützen. Er forderte die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hohe Vertreterin“) und die Kommission auf, angesichts der Situation in Sahelien konkrete Vorschläge für ein Tätigwerden der Union in mehreren Bereichen zu unterbreiten.
- (2) Mit Schreiben vom 15. Oktober 2018 hat der Präsident der Republik Sahelien die Union um verstärkte Unterstützung bei der Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit Saheliens gebeten.
- (3) Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner Resolution 2164 (2018) vom 12. November 2018 zur Lage in Sahelien die internationalen Partner, einschließlich der Union, unter Hinweis auf seine ernste Besorgnis über die Folgen der Instabilität im Westen Saheliens für die Region und darüber hinaus sowie unter Betonung, dass rasche Maßnahmen zur Wahrung der Stabilität in der gesamten Sahel-Region ergriffen werden müssen,

aufgefordert, den sahelischen Streit- und Sicherheitskräften Hilfe, Sachverstand, Ausbildung und Unterstützung beim Kapazitätsaufbau bereitzustellen.

- (4) Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 20. November 2018 dazu aufgefordert, dass vordringlich die Planungsarbeiten im Hinblick auf eine Ausweitung der seit 2013 bestehenden Militärmission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fortgesetzt und vertieft werden, indem insbesondere ein Krisenbewältigungskonzept für die Neustrukturierung und Schulung der sahelischen Verteidigungskräfte ausgearbeitet wird, wobei die notwendigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer etwaigen Mission, einschließlich der vollständigen und uneingeschränkten Unterstützung der sahelischen Regierung und die Festlegung einer Ausstiegsstrategie, zu berücksichtigen sind.
- (5) In seinen Schlussfolgerungen vom 05. Dezember 2018 hat der Rat die Vorlage des Krisenmanagementkonzepts durch die Hohe Vertreterin begrüßt und die zuständigen Gruppen ersucht, dieses Konzept vordringlich zu prüfen, damit der Rat es im Januar 2019 annehmen kann.
- (6) Am 15. Dezember 2018 hat der Rat ein Krisenmanagementkonzept für eine verstärkte militärische GSVP-Ausbildungsmission in Sahelien gebilligt. Der Rat betonte, dass die Mission in Sahelien wesentlicher Bestandteil des im Rahmen der Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahelzone ausgearbeiteten umfassenden Konzepts der Union ist.

- (7) Mit Schreiben vom 20. Dezember 2018 hat der Präsident der Republik Sahelien ein Einladungsschreiben an die Hohe Vertreterin gerichtet und darin den Einsatz einer erweiterten militärischen Mission der EU in Sahelien begrüßt.
- (8) Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) sollte unter der Verantwortung des Rates und der Hohen Vertreterin die politische Kontrolle und die strategische Leitung der Militärmission der Union wahrnehmen und die geeigneten Beschlüsse nach Artikel 38 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) fassen.
- (9) Es ist erforderlich, internationale Übereinkünfte über den Status der EU-Einheiten und des EU-Personals und über die Teilnahme von Drittstaaten an Missionen der Union auszuhandeln und zu schließen.
- (10) Nach Artikel 41 Absatz 2 EUV gehen die operativen Ausgaben mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen, die aufgrund dieses Beschlusses entstehen, über einen Mechanismus zur Verwaltung der Finanzierung der gemeinsamen Kosten der Operationen der Europäischen Union mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen (Athena) zu Lasten der Mitgliedstaaten.
- (11) Gemäß Artikel 5 des dem EUV und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) beigefügten Protokolls über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Ausarbeitung und Durchführung von Beschlüssen und Maßnahmen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben. Dänemark beteiligt sich nicht an der Durchführung dieses Beschlusses und auch nicht an der Finanzierung.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Mission

- (1) Die Union führt eine militärische Mission (EUMISA) durch, die bezweckt, die Lage in Sahelien zu stabilisieren, die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zu gewährleisten und Militär- und Ausbildungsberatung für die unter der Kontrolle der rechtmäßigen Zivilregierung operierenden sahelischen Streitkräfte bereitzustellen, um einen Beitrag zur Wiederherstellung der militärischen Fähigkeit dieser Streitkräfte zu leisten, damit sie militärische Einsätze zur Wiederherstellung der territorialen Unversehrtheit Saheliens und zur Verringerung der Bedrohung durch terroristische Gruppen durchführen können.
- (2) Ziel der EUMISA ist die Deckung der operativen Erfordernisse der sahelischen Streitkräfte durch Bereitstellung von
- a) Sicherungsleistungen bei akutem Bedarf;
 - a) Unterstützung bei der Ausbildung zum Aufbau von Fähigkeiten der sahelischen Streitkräfte;
 - b) Ausbildung und Beratung im Bereich der Führung, der Logistikkette und der Personalwirtschaft sowie auf den Gebieten humanitäres Völkerrecht, Schutz der Zivilbevölkerung und Menschenrechte.
- (3) Die EUMISA strebt an, die Bedingungen für die Ausübung einer ordnungsgemäßen politischen Kontrolle über die sahelischen Streitkräfte durch die rechtmäßige Zivilregierung zu stärken.
- (4) Die Tätigkeiten der EUMISA werden in enger Abstimmung mit anderen an der Unterstützung der sahelischen Streitkräfte beteiligten Akteuren, insbesondere den Vereinten Nationen (VN) und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (Ecowas), durchgeführt.

Artikel 2

Ernennung des Befehlshabers der EU-Mission

- (1) Der deutsche Brigadegeneral Vinzenz Middelhoff wird zum Befehlshaber der EU-Mission ernannt.
- (2) Der Befehlshaber der EU-Mission nimmt die Aufgaben eines Befehlshabers der EU-Operation und eines Befehlshabers der EU-Einsatzkräfte wahr.

Artikel 3

Bestimmung des Hauptquartiers der Mission

- (1) Das Hauptquartier der EUMISA befindet sich in Garango, 30 km westlich der Hauptstadt Bouroum. Es nimmt die Aufgaben sowohl eines operativen Hauptquartiers als auch eines operativ-taktischen Hauptquartiers wahr.
- (2) Das Hauptquartier der Mission verfügt über eine Unterstützungszelle in Brüssel.

Artikel 4

Planung und Einleitung der EUMISA

Der Beschluss über die Einleitung der EUMISA wird vom Rat gefasst, nachdem der Missionsplan und die Einsatzregeln gebilligt wurden.

Artikel 5

Politische Kontrolle und strategische Leitung

- (1) Unter der Verantwortung des Rates und der Hohen Vertreterin nimmt das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) die politische Kontrolle und strategische Leitung der EUMISA wahr. Der Rat ermächtigt das PSK, die geeigneten Beschlüsse nach Artikel 38 EUV zu fassen. Diese Ermächtigung umfasst die Befugnis zur Änderung der Planungsdokumente, einschließlich des Missionsplans, und der Befehlskette. Sie umfasst auch die Befugnis, Beschlüsse zur Ernennung der aufeinanderfolgenden Befehlshaber der EU-Mission zu fassen. Die Entscheidungsbefugnis in Bezug auf die Ziele und die Beendigung der EUMISA verbleibt beim Rat.
- (2) Das PSK erstattet dem Rat regelmäßig Bericht.

- (3) Das PSK erhält regelmäßig vom Vorsitzenden des Militärausschusses der EU (EUMC) Berichte über die Durchführung der EUMISA. Das PSK kann den Befehlshaber der EU-Mission gegebenenfalls zu seinen Sitzungen einladen.

Artikel 6

Militärische Leitung

- (1) Der EUMC überwacht die ordnungsgemäße Durchführung der EUMISA unter Verantwortung des Befehlshabers der EU-Mission.
- (2) Der EUMC erhält regelmäßig vom Befehlshaber der EU-Mission Berichte. Er kann den Befehlshaber der EU-Mission gegebenenfalls zu seinen Sitzungen einladen.
- (3) Der Vorsitzende des EUMC ist erster Ansprechpartner für den Befehlshaber der EU-Mission.

Artikel 7

Kohärenz der Reaktion der Union und Koordinierung

- (1) Die Hohe Vertreterin sorgt für die Durchführung dieses Beschlusses sowie für seine Kohärenz mit dem außenpolitischen Handeln der Union insgesamt, einschließlich der Entwicklungsprogramme der Union.
- (2) Unbeschadet der Befehlskette erhält der Befehlshaber der EU-Mission politische Handlungsempfehlungen vom Leiter der Delegation der Union in Bouroum, in enger Abstimmung mit dem EU-Koordinator für die Sahelzone.
- (3) Die EUMISA stimmt sich mit der GSVP-Mission der Union in Niger (EUCAP SAHEL Niger) zwecks Prüfung möglicher Synergien ab.
- (4) Die EUMISA stimmt ihre Tätigkeiten mit den bilateralen Tätigkeiten der Mitgliedstaaten in Sahelien sowie mit anderen internationalen Akteuren in der Region, insbesondere den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union (AU), der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten Ecowas und bilateralen Akteuren, einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanada, und mit anderen wichtigen regionalen Akteuren ab.

Artikel 8

Status des EU-geführten Personals

Der Status der EU-geführten Einheiten und ihres Personals, einschließlich der Vorrechte, Immunitäten und weiterer für die Durchführung und das reibungslose Funktionieren ihrer Mission erforderlicher Garantien, wird in einer Übereinkunft geregelt, die gemäß Artikel 37 EUV und im Verfahren nach Artikel 218 AEUV zu schließen ist.

Artikel 9

Finanzierung

- (1) Die gemeinsamen Kosten der EUMISA werden gemäß dem Beschluss GASP-2011-871 gemeinsam verwaltet.
- (2) Der als finanzieller Bezugsrahmen für die gemeinsamen Kosten der EUMISA dienende Betrag beläuft sich auf 390,075 Mio. EUR.

Artikel 10

Weitergabe von Informationen

- (1) Die Hohe Vertreterin ist befugt, als EU-Verschlusssachen bis zum Geheimhaltungsgrad „RESTREINT UE / EU RESTRICTED“ eingestufte Informationen, die für die Zwecke der EUMISA generiert werden, unter Einhaltung des Beschlusses 2011/292/EU entsprechend den operativen Erfordernissen der EUMISA an die VN und die Ecowas weiterzugeben. Zu diesem Zweck werden Vereinbarungen zwischen der Hohen Vertreterin und den zuständigen Stellen der VN und der Ecowas getroffen.

- (2) Im Falle eines speziellen und unmittelbaren operativen Erfordernisses ist die Hohe Vertreterin ferner befugt, als EU-Verschlusssachen bis zum Geheimhaltungsgrad „RESTREINT UE / EU RESTRICTED“ eingestufte Informationen, die für die Zwecke der EUMISA generiert werden, unter Einhaltung des Beschlusses 2011/292/EU an den Gaststaat weiterzugeben. Zu diesem Zweck werden Vereinbarungen zwischen der Hohen Vertreterin und den zuständigen Behörden des Gaststaats getroffen.

- (3) Die Hohe Vertreterin kann die in den Absätzen 1 und 2 genannten Befugnisse wie auch die Befugnis, die genannten Vereinbarungen zu schließen, an Personal des Europäischen Auswärtigen Dienstes und/oder den Befehlshaber der EU-Mission delegieren.

Artikel 11

Inkrafttreten und Beendigung

- (1) Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.
- (2) Dieser Beschluss wird spätestens ab dem Zeitpunkt der Schließung des Hauptquartiers der Mission aufgehoben.

Geschehen zu Brüssel am 17. Februar 2019.

Im Namen des Rates

Die Präsidentin

Federica Mogherini

Übersicht: Beiträge der beteiligten EU-Staaten

	Zahl der Einsatzkräfte	Kostenübernahme (€)
Belgien	50	10.275.000
Deutschland	630	135.750.000
Frankreich	100	20.550.000
Großbritannien	300	70.650.000
Italien	200	50.100.000
Niederlande	150	30.825.000
Österreich	50	10.275.000
Polen	150	30.825.000
Schweden	50	10.275.000
Spanien	100	20.550.000
SUMME	1780	390.075.000

B. Sicherheitspolitische Herausforderungen

Was die Münchner Sicherheitskonferenz über die internationale Ordnung Anfang 2019 aussagt

Die aktuelle Kolumne vom 18.2.2019, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik,
Jörn Grävingholt

Seit der Münchner Sicherheitskonferenz vom vergangenen Wochenende ist ein Zitat des italienischen Philosophen Antonio Gramsci in aller Munde: „Das Alte stirbt, das Neue ist noch nicht geboren.“ Der Satz soll jene Krise beschreiben, in der sich die internationale Ordnung Anfang 2019 befindet. Alarmstimmung macht sich breit. Zu den bekannten Krisenherden der letzten Jahre (Syrien, Jemen, Iran, Ukraine; Brexit, Trump, Handelskriege) kommt – zumindest aus europäischer Sicht – nun noch ein neuer hinzu: Der INF-Vertrag über die Abschaffung nuklearer Mittelstreckenraketen, der 1987 zwischen USA und UdSSR geschlossen wurde, steht vor dem Aus. (...)

Die Wahrnehmung des Ordnungsverlusts ist nicht neu: Schon vor einem halben Jahrzehnt sprach der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier von einer „Welt aus den Fugen“. Damals hatte Russland die Krim annektiert. Inzwischen wirkt es, als habe sich die Krise ins Innere der liberalen Weltordnung gefressen. Großbritannien schlittert planlos in den Brexit, weil seine politische Klasse glaubt, sich die Welt einfacher machen zu können, als sie ist. US-Präsident Trump erklärt unermüdlich seine Verachtung für Recht und Verfassung und reißt damit verbal jene Grenze ein, die liberale Demokratien von populistischen Autokratien unterscheidet. Polen und Ungarn schreiten ebenfalls auf diesem Weg voran – Ausgang ungewiss.

In dieser Lage hat das absehbare Ende des INF-Vertrags in den letzten Wochen zu intensiven Diskussionen über militärische und andere sicherheitspolitische Reaktionen geführt. (...) Doch es wäre fatal, wenn es zu einer einseitigen Fixierung auf Rüstung und Waffensysteme käme.

Denn die Herausforderung, eine neue globale Ordnung zu errichten, die die Bewältigung der großen Zukunftsfragen der Menschheit erlaubt (Klimawandel, globale Teilhabe), wird dadurch nicht verschwinden. Daher war es

wichtig, dass führende Vertreterinnen aus Europa, allen voran die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und (die) Bundeskanzlerin (...), in München ausdrücklich für eine moderne Sicherheitspolitik warben, die über das Militärische hinausgeht und etwa auch Entwicklungs-, Klima- und Handelspolitik sowie Diplomatie und Cybersicherheit umfasst.

Weniger Beachtung fanden in München die nicht-militärischen Bemühungen, die die EU, Deutschland und viele andere Geber seit langem finanzieren, um weltweit Friedensprozesse nach bewaffneten Konflikten zu stabilisieren und konsolidieren. Auch sie leisten wichtige Beiträge zu einer friedlichen globalen Ordnung. Anders als es im harten Realismus klassischer Sicherheitspolitiker oft erscheint, ist zivile Friedensförderung keine idealistische Träumerei. Im Gegenteil, jüngste Forschung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) belegt: Internationale Bemühungen um Friedenserhaltung in Ländern, die einen Bürgerkrieg erlebt haben, lohnen sich. Es gibt keine Erfolgsgarantie – aber eine realistische Erfolgchance, wenn früh die Weichen externer Hilfe in die richtige Richtung gestellt werden, so wie in den 2000er Jahren in den westafrikanischen Ländern Liberia und Sierra Leone. Wird hingegen auf substanzielles Engagement verzichtet, wie dies etwa nach Gewaltkonflikten im Tschad, in Uganda oder Jemen der Fall war, endet dies nahezu immer in einem Rückfall in Gewalt. Vor allem ein umfassendes Unterstützungspaket, das politisches Engagement und wirtschaftliche Hilfe damit verbindet auch bei der innergesellschaftlichen Überwindung von Konfliktlinien zu unterstützen und Sicherheit für die Menschen zu schaffen, kann Frieden sichern helfen.

Besonders bemerkenswert: Wo Konfliktparteien sich darauf eingelassen haben, in Zukunft demokratische Spielregeln anstelle von bewaffneter Auseinandersetzung zum Zuge kommen zu lassen, kann die externe Unterstützung

von Institutionen, die fairen Wettbewerb ermöglichen und zugleich Machtausübung wirksam begrenzen, entscheidend sein. Sie tragen dazu bei, dass das demokratische Wechselspiel von Sieg und Niederlage nicht neue Gewalt hervorbringt, sondern Kooperation zwischen bislang unversöhnlichen Gegnern möglich wird.

Nichts verringert das Risiko gewaltsamer Konflikte in einer Gesellschaft mehr als wirksame Institutionen, die alle Beteiligten fair behandeln. Was in der Friedensförderung gilt, sollte auch darüber hinaus Richtschnur des Handelns sein. Die „neue“ globale Ordnung, nach der in München gesucht wurde – sie wird kooperative Institutionen benötigen. Abschottung und Konfrontation werden dabei nicht helfen.

Quelle: <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/was-die-muenchner-sicherheitskonferenz-ueber-die-internationale-ordnung-anfang-2019-aussagt/>

Kommentar: Mehr als eifrige Gutmenschen im Tarnanzug?

Berliner Post, 20. Februar 2019, Catharina Müller

In Diskussionen um Militäreinsätze gilt es immer, verschiedene Interessen abzuwägen – es spielen dabei neben humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen auch nationale und geostrategische Interessen eine Rolle. In Westafrika – und speziell im Westen der Republik Sahelien – geht es darum, die Vorherrschaft von Dschihadisten einzudämmen und die unter genau dieser Herrschaft leidende Zivilbevölkerung zu schützen. Die Vermeidung der Verbreitung und Verfestigung eines Terrornetzwerks von Afghanistan bis Westafrika liegt sicherlich auch im Interesse der Bundesrepublik.

Nicht überall ist es sinnvoll und zielführend – im Sinne von befriedend – eine Intervention durch ausländische Einsatzkräfte durchzuführen. Doch eine gemeinsame Mission einer breit aufgestellten Staatengemeinschaft mit robustem Mandat könnte in der Lage sein, „das Schlimmste“ zu verhindern und eine ernsthafte Drohkulisse aufzubauen, mit der die internationale Gemeinschaft zeigen könnte, dass sie nicht bereit ist wegzuschauen, wo Staaten in die Anarchie gestürzt werden.

Die Bundesregierung redet ständig von Verantwortung – und drückt sich wo sie kann. Gerne verlässt sie sich auf den französischen Nachbarn. Frankreich ist seit mehreren Jahren in Sahelien im Einsatz und hat gemeinsam mit sahelischen Truppen die Kontrolle über die westlichen Landesteile zurückerobert.

Vor Jahren hat die Bundesregierung im Rahmen einer EU-Mission (EUMISA) Unterstützung für das Training der sahelischen Streitkräfte bereitgestellt. Die EU-Partner durften erfahren, was von den Deutschen (nicht) zu erwarten ist. Sie haben der Bundeswehr ihrem Selbstbild als „Gutmenschen im Tarnanzug“ damals entsprechend eine Mission aufgetragen, bei der diese gemeinsam mit europäischen Freunden in einer sicheren

Kaserne nahe der Hauptstadt so eine Art Militär-Erasmus-Programm durchführen darf einschließlich Völkerverständigung und Menschenrechtsunterricht. Während die Franzosen draußen im Land die lebensgefährliche Arbeit machen.

Dabei kommt Deutschland in Sahelien eine besondere in historischen Umständen begründete Verantwortung zu. Die sahelische Regierung hat hohe Erwartungen und pflegt eine besondere Sympathie gegenüber der Bundesrepublik, da diese als erstes westlich geprägtes Land Saheliens Unabhängigkeit 1960 anerkannte.

Seit Jahren werden Argumente angeführt, die Bundeswehr sei technologisch nicht auf der Höhe der Armeen der USA, Großbritanniens, Frankreichs oder der Niederlande, verfüge nicht über genügend schwere Waffen und vor allem nicht über genügend Soldaten. Wie soll dann aber die von der Bundesregierung seit Anfang 2014 fortlaufend gepredigte Übernahme von mehr Verantwortung Deutschlands in Konfliktsituationen umgesetzt werden, wenn die Armee dazu nicht in der Lage und die Politik nicht willens ist? Eine Einsatzarmee, die nicht zu einem richtigen Einsatz bereit ist, ist sinnlos und könnte eigentlich abgeschafft werden.

Nun soll der Einsatz in Sahelien verstärkt und robuster ausgestaltet werden. Dieses Mal sollte Deutschland seiner Verantwortung als reiche europäische Mittelmacht gerecht werden. Schließlich wissen wir inzwischen sehr gut, wie gering die Distanzen zu den Krisenregionen im Umfeld Europas sind, wenn sich Menschen aus hoffnungsloser Situation erst einmal auf den Weg machen.

Wer als Partner auch im Krisenfall ernstgenommen werden will, sich aber militärisch aus der Verantwortung zieht wo er kann, hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Bitte nur so viel Eifer, liebe Abgeordnete, wie Sie auch liefern können.

Afrika: Terrorgefahr nimmt zu

Berliner Post, 01.04.2019, Melanie Sommer

Während Europa seine Aufmerksamkeit und Sorge lange Zeit auf die Ausweitung des IS in Syrien und im Irak beschränkte, hat auch der islamistische Terrorismus in Afrika dramatisch zugenommen. Eine sinnvolle Strategie zur Eindämmung desselben existiert derzeit nicht.

Fast täglich erreichen uns inzwischen Nachrichten von Anschlägen in afrikanischen Ländern - ausgeübt von islamistischen Terrornetzwerken. Am bekanntesten sind die Meldungen zum Terror der Al-Shabaab Milizen in Somalia und Boko Haram in Nigeria. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 2009 und 2017 über 17.000 Menschen durch den Terror von Boko Haram getötet wurden, rund 2,5 Millionen sind auf der Flucht. Die Terrorgruppe breitet sich zunehmend in der Sahelzone aus. Auch im Südosten Nigers, von Boko Haram als Rückzugsort genutzt, wird seit 2015 regelmäßig der Ausnahmezustand verlängert.

Besonders besorgt nehmen Experten auch die Situation in Libyen wahr: Nach dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 entstand hier ein Machtvakuum. Der IS und andere islamistische Gruppen konnten die Instabilität, das Chaos und den Mangel an staatlichen Strukturen für sich nutzen. Libyen gilt inzwischen als wichtigster Ableger des IS auf dem afrikanischen Kontinent. Die Dschihadisten bedrohen auch zunehmend Libyens Nachbarstaaten. An der libysch-tunesischen Grenze kommt es gehäuft zu Kämpfen. Im Jahr 2015 gab es mehrere schwere Anschläge in Tunesien, zu denen sich der IS bekannte. Viele vor allem junge Tunesier wenden sich dem IS zu.

Beunruhigend ist auch die Situation in Sahelien: 2012/2013 konnte die sahelische Armee mit Unterstützung französischer Truppen die islamistischen Rebellen im Westen des Landes zurückdrängen und die Kontrolle über das gesamte Hoheitsgebiet zurückgewinnen. Zuletzt hat sich die Sicherheitslage dort aber wieder verschlechtert. Zwar konnten die französischen Truppen die zuvor sehr präsente Terrorgruppe aus Nordafrika

zurückdrängen. Der islamistische Terror in Sahelien konnte damit jedoch nicht eingedämmt werden, da sich andere Gruppierungen ausgebreitet haben, wie die "Sahelische Befreiungsfront". Deren Vorgehensweise bei brutalen Überfällen kleinerer Ortschaften ähnelt der von Boko Haram in Nigeria. Die Gefahr islamistischer Terroranschläge ist inzwischen auch im bisher als verhältnismäßig sicher geltenden südlichen Teil des Landes gestiegen. In der Hauptstadt Bouroum gab es im vergangenen Jahr blutige Anschläge auf Restaurants und Hotels.

Auch in den Nachbarstaaten Saheliens übte die "Front de libération de Sahélie" bereits Anschläge aus, u.a. mit dem Ziel, die französischen Soldaten im Westen Saheliens einzuschüchtern.

Die Bedrohung, die die Ausbreitung der Dschihadisten in Afrika für Europa bedeutet, ist offensichtlich. Trotzdem fehlt den Europäern bis heute ein klares Konzept zum Umgang mit den verschiedenen Terrorgruppen. Viele Gruppierungen werden falsch eingeschätzt, insbesondere kleinere Gruppen teils ganz ignoriert. Dabei ist die europäische Unterstützung entscheidend, um die Ausweitung islamistischen Terrors in Afrika zu verhindern. Denn die afrikanischen Armeen und Sicherheitskräfte sind größtenteils unterfinanziert und schlecht ausgebildet. Tunesien bat im vergangenen Jahr eindringlich um Hilfe. Die EU sollte hier massiv Unterstützung leisten, um die positiven demokratischen Fortschritte in dem Land nicht zu gefährden. Frankreich sollte vorsichtig sein, dass es seine militärischen Kapazitäten nicht allein auf den IS im Mittleren Osten beschränkt - und dabei die Sicherheit in Sahelien vernachlässigt.

Insgesamt müssen die Europäer sich mehr mit den vielfältigen Herausforderungen in den afrikanischen Ländern auseinandersetzen. Denn die Situationen sind oft nicht vergleichbar. Statt Afrika als einen großen Krisenkontinent zu betrachten, sollten die europäischen Politiker sich stärker darauf konzentrieren, die spezifischen Probleme in den einzelnen Ländern zu betrachten und lokale Lösungen anzugehen.

Fluchtursachen: Europa muss die Sicherheitsstrukturen in Afrika stärken

Süddeutsches Nachrichtenblatt, 12.1.2019, Carl Meier

Seit inzwischen fast vier Jahren strauchelt die EU in der Flüchtlingspolitik, zerrissen zwischen dem Anspruch, ihre Grundwerte zu achten und der Angst vor Überfremdung und sozialen Spannungen. Einigungen zwischen den Mitgliedstaaten sind nur schwer zu finden.

Der derzeitige Lösungsansatz der EU heißt zunehmende Abschottung und nationale Alleingänge. Nachdem der Weg von der Türkei nach Griechenland versperrt scheint, stieg die Anzahl der Geflüchteten, die von Libyen nach Italien übersetzen. Seitdem die dortige Regierung die Aufnahme von Geflüchteten blockiert, steuern diese vermehrt Spanien an. Dabei wird deutlich: Es ist irrwitzig, zu glauben, die Flüchtlingsbewegungen könnten durch mehr Abschottung und Überwachung verhindert werden. Denn die Schlepperbanden finden immer neue Routen.

Die Forderung, Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen, ist alt. Leider wird sie oft vorgebracht, ohne über mögliche Maßnahmen nachzudenken, die dazu beitragen könnten. Zu schnell wird vor der Komplexität dieser Aufgabe kapituliert und stattdessen auf kurzfristige Maßnahmen der Abschottung gesetzt. Es stimmt, Fluchtursachen sind komplex und vielfältig und können nicht leicht bekämpft werden.

Dennoch sollten die europäischen Politikern angesichts der Flüchtlingszahlen nicht in Panik geraten, sondern pragmatisch schauen, welche Strategien den Ländern vor Ort tatsächlich helfen können. Dabei hilft insbesondere ein Blick auf den afrikanischen Kontinent. Von dort werden zunehmend Flüchtlinge kommen.

Viele fliehen vor Armut und Perspektivenlosigkeit. Im Bereich nachhaltige Entwicklung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit kann zweifelsohne noch mehr getan werden. Zum Glück gibt es bereits zahlreiche hochprofessionelle und fachkundige Entwicklungsorganisationen, die vielversprechende Ansätze verfolgen und mit der lokalen Bevölkerung zusammenarbeiten. Eine

wichtige Frage darf dabei aber nicht außer Acht gelassen werden: Wie soll wirtschaftliche Entwicklung funktionieren, wenn die grundlegende Sicherheit fehlt. Als Beispiel kann man sich Sahelien anschauen, wo der Wiederaufbau schleppend verläuft, da es immer wieder zu Anschlägen kommt. Die in den Süden des Landes oder die Nachbarstaaten geflohene Landbevölkerung zögert bis heute, in ihre Dörfer zurückzukehren. Die instabile Sicherheitslage wirkt sich inzwischen auf fast die gesamte Sahelzone aus.

Hier zeigt sich: Nicht alle Migranten aus Afrika sind allein sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Viele fliehen auch vor Gewalt, der ständigen Angst vor Kriminalität und der zunehmenden Gefahr durch islamistischen Terrorismus. Perspektivenlosigkeit wird durch den Mangel grundlegender Sicherheitsstrukturen verstärkt. Statt, wie immer wieder im Fall von Marokko, Tunesien und Algerien diskutiert, Länder pauschal als sichere Herkunftsstaaten zu deklarieren, sollten wirklich die Sicherheitsstrukturen in den Ländern gestärkt werden. Dies gilt neben Nord- insbesondere für Westafrika, von wo aus Tausende Migranten jährlich die Fluchtroute über Niger, die Sahara, Libyen und das Mittelmeer antreten - sofern sie es soweit schaffen. Unbekannt die Zahlen derer, die auf dem Weg in der Sahara verdursten oder in Libyen gefangen genommen werden.

Ein gutes Beispiel für die Unterstützung der Sicherheitskräfte ist die Ausbildung sahelischer Soldaten im Rahmen der europäischen Mission EUMISA. Eine Ausweitung der deutschen Beteiligung an diesem Einsatz ist wichtig, um die erneut zunehmende Ausbreitung von islamistischen Terrorgruppen und Drogenkriminalität zu unterbinden. In diesem Zusammenhang ist auch eine robuste Ausgestaltung des Mandats sinnvoll, damit europäische Truppen sich selbst aber auch öffentliche Infrastruktur wirksam schützen können. Hier kann die EU, und die deutsche Bundeswehr, einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung leisten.

C. Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afrika

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft

Ein Marshallplan mit Afrika

Viele der Herausforderungen, vor denen wir heute weltweit stehen, können nur in Zusammenarbeit mit starken afrikanischen Staaten gelöst werden. Afrika bietet einmalige Chancen dafür, das Potenzial auf dem Kontinent ist groß: Etwa die Hälfte der 20 am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften liegen dort. 2035 wird Afrika das größte Arbeitskräftepotenzial weltweit haben. Hier wachsen die globalen Märkte, die Kunden und Mitarbeiter der Zukunft heran.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat darum seine Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas neu ausgerichtet. Der vom BMZ initiierte Marshallplan mit Afrika hat der Zusammenarbeit mit dem Kontinent in den vergangenen Monaten bereits viele neue und wichtige Impulse gegeben. Auf seiner Basis kann nun eine Partnerschaft zwischen Afrika und Europa entstehen, die weit über eine klassische, projektbezogene Entwicklungszusammenarbeit hinausgeht.

Die Eckpunkte für diesen Marshallplan mit Afrika hatte das Ministerium Anfang 2017 im Rahmen eines Online-Dialogs mit Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Gesellschaft und Politik zur Diskussion gestellt. Dabei entstand eine Fülle von Anregungen und Ideen für die neue Dimension der Zusammenarbeit.

Ziel des BMZ ist, die eigenen Entwicklungskräfte der afrikanischen Staaten zu stärken, denn nachhaltige Entwicklung ist nur möglich, wenn sie von innen heraus angestoßen und getragen wird. Dazu müssen die Regierungen Reformen in die Wege leiten und ihrer Verantwortung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern nachkommen. Es geht darum, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass private und öffentliche Investitionen auf einen fruchtbaren Boden fallen können.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehören zum Beispiel die Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit aber auch Bildung und wirtschaftliche Stabilität. Diese Ziele haben sich die afrikanischen Staaten in der Agenda 2063 der Afrikanischen Union selbst gesteckt. Es gilt nun, sie bei der Anwendung ihrer innovativen Strategien zu unterstützen.

Quelle: https://www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/index.jsp
(aufgerufen am 08.04.2019)

Bei der Entwicklung helfen kann man nur als Partner

Magazin für Entwicklungshilfe 1/2019

Hans Claus, Geschäftsführer des Global Development Forum (GDF)

Entwicklungshilfe ist ein Feld, auf dem sehr unterschiedliche Perspektiven aufeinanderstoßen. In der Bundesrepublik wurde 1961 hierfür ein eigenes Ministerium gegründet – international ist dies durchaus eine Besonderheit. Aber auch fünf Jahrzehnte später ist dieses nicht unumstritten. Den einen gilt es als verzichtbar, da seine Aufgaben problemlos auch das Auswärtige Amt wahrnehmen könne. Den anderen ist es wichtig, dass neben der Verteidigung auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit als Schwerpunkt Auswärtigen Handelns einen entsprechenden Stellenwert behält.

Nach wie vor ist es wichtig, weltweit gegen Armut aktiv zu werden. Dies festzustellen soll nicht heißen, das die Entwicklungspolitik über die letzten fast 60 Jahre versagt hat. Um das Erreichte fair beurteilen zu können, müssen zumindest der historische Kontext, die politischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Lernprozesse in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden.

Gern wird verdrängt, dass wir Europäer durch Kolonialismus und Versklavung die Sozialstruktur vieler Länder nachhaltig beschädigt haben. Unsere Eingriffe haben zudem gewachsene politische Einheiten zerstört und willkürliche Grenzziehungen bewirkt. In Zeiten des Kalten Krieges wurde Entwicklungshilfe nicht mit Blick auf die Empfänger betrieben, sondern im Bestreben, gegenüber der kommunistischen Welt die Oberhand zu behalten.

Im Anschluss zwangen internationale Organisationen, vorneweg Weltbank und internationaler Währungsfond, viele Staaten ihre Staatshaushalte zurückzufahren. Oft brachen dabei die Gesundheitssysteme zusammen, Mütter- und Kindersterblichkeit stiegen mitunter stark an. Außerdem wurde von den USA und der EU vielen armen Ländern der Zugang zu den eigenen Märkten verweigert, während man gleichzeitig mit eigenen

Exporten die jeweilige heimische Wirtschaft schädigte.

Eine wirksame und verantwortliche Politik muss daher zunächst für geeignete Rahmenbedingungen sorgen. Fairness ist wichtiger als das Verteilen von Almosen, so nötig auch akute Hilfen in Sondersituationen sein mögen. Wirkliche Verbesserungen bewirkt vor allem der systematische Aufbau von Gesundheitsfürsorge und Bildung, erst recht wenn dabei viele Partner langfristig zusammenarbeiten.

Unterschätzt wird in der Regel der Dialog über gute Regierungsführung. Wenn man Staaten hilft, systematisch ihre Steuern zu erheben und Korruption zu bekämpfen, etwa durch einen fachlichen Austausch von Finanzbehörden oder Hilfen bei der Errichtung nationaler Rechnungshöfe, können sie selbst Verantwortung übernehmen.

Eine Unterstützung der Zivilgesellschaft bewirkt, dass Regierungen sich einer kritischen Kontrolle stellen müssen. Für diese Förderung sind die Nichtregierungsorganisationen in reichen Ländern besonders qualifiziert.

Besonders erfolgreich sind entwicklungspolitische Maßnahmen, wenn die lokale Bevölkerung in Planung, Durchführung und Auswertung einbezogen wird. Die aktive Beteiligung stärkt das Verantwortungsgefühl und das demokratische Selbstbewusstsein.

Da der Staatshauhalt vieler Länder fast zur Hälfte von Entwicklungshilfe abhängt, wäre ein schlagartiger Ausstieg unverantwortlich. Eine Rückführung kann sinnvoll sein, soweit es gelingt, mit den oben beschriebenen Maßnahmen eine stabile Finanzierung ebenso sicher zu stellen wie eine Übernahme der Verantwortung durch Staat und Zivilgesellschaft.

Stabilität durch Entwicklung und Demokratie: Eine neue Afrikapolitik für Deutschland und Europa

Von Dr. Tilman Altenburg, Dr. Christine Hackenesch und Dr. Stephan Klingebiel (gekürzt)

Die Fragen nach den Perspektiven Afrikas und der »richtigen« Afrikapolitik stehen in Europa plötzlich weit oben auf der politischen Agenda; denn erst jetzt tritt in aller Deutlichkeit zutage, wie sehr Europas Wohlergehen von einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika abhängt. Da sind zum einen von Europäern als bedrohlich empfundene Entwicklungen, allen voran der enorme Migrations- und Flüchtlingsdruck auf die wohlhabenderen Länder der Europäischen Union und die zunehmende Instabilität vieler Staaten, in denen sich zum Teil radikale Bewegungen mit hohem Gewaltpotenzial organisieren. (...)

Zum anderen sind die Volkswirtschaften der Region in den letzten 15 Jahren einigermaßen stabil gewachsen. Dieses Wachstum folgt bislang einem sozial exklusiven Muster, sodass Flucht und Migration nicht eingedämmt werden. Es hat aber ein neues Interesse der europäischen Wirtschaft an Partnerschaften mit der Region geweckt. Für Unternehmen wird Afrika interessanter sowohl als Absatzmarkt als auch als Rohstoffquelle. China ist inzwischen zum zweitgrößten Handelspartner Afrikas geworden (nach der EU insgesamt und vor den USA) und hat enge Beziehungen zu vielen afrikanischen Regierungsparteien aufgebaut. Daher sind europäische Wirtschaft und Politik besorgt, dass China zu viel Einfluss gewinnt und sich die Region stärker an chinesischen als an europäischen ordnungspolitischen Leitbildern orientieren könnte. (...)

Was fehlt, sind klare Programme, wie solche Potenziale in Wert gesetzt werden können. Diese würden strukturpolitische Initiativen erfordern, um die für jedes Land spezifischen Chancen zu identifizieren und entsprechende vorwettbewerbliche Investitionen, zum Beispiel in Ausbildung, Unternehmensgründungen, Infrastruktur und Vernetzung, zu tätigen. Deutschland und Europa könnten sich massiv dafür einsetzen, Kompetenzen und politische Unterstützung für eine beschäftigungsintensive ökologisch-soziale Marktwirtschaft zu schaffen. (...)

Coaching afrikanischer Start-ups

Die unverzichtbare zweite Säule der Stabilisierung und Entwicklung ist die Demokratisierung. Demokratische Werte werden auch in Afrika weitgehend geteilt. Umfragen des Afrobarometer zeigen, dass sich mehr als zwei Drittel der afrikanischen Bürger (71 Prozent) mehr Demokratie in Sahelien

ihren Ländern wünschen, gerade auch in autoritären politischen Kontexten. Zudem gibt es gute sicherheitspolitische und auch wirtschaftliche Gründe, demokratische Regierungsführung in Afrika zu fördern. Studien zeigen, dass Demokratien mehr Fortschritte in der Armutsreduzierung machen und mehr öffentliche Güter bereitstellen als nicht demokratische Regime mit gleichem Entwicklungsgrad. Es gibt einen breiten Konsens in der Wissenschaft, dass Demokratien bessere Ergebnisse in der Vorbeugung von Hungersnöten erzielen. Kindersterblichkeit ist in Demokratien nachweislich geringer und nimmt ab, je länger ein Land demokratisch verfasst ist. (...)

Zwei Drittel der afrikanischen Bürger wünschen sich mehr Demokratie

Gemeinwohlorientierte Politik ist nur dann zu erwarten, wenn Regierungen rechenschaftspflichtig sind und sich dem demokratischen Wettbewerb stellen müssen. (...) Der Grad politischer und bürgerlicher Freiheiten in Afrika ist seit 2005 tendenziell rückläufig. In einer Reihe von Ländern haben kritische Medien- und NGO-Gesetze die Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft, Medien und Opposition weiter eingeschränkt. Diskussionen zum »dritten Mandat«, das heißt zu Verfassungsänderungen, um den regierenden Präsidenten weitere Amtszeiten zu ermöglichen, stellen demokratische Institutionen infrage. Gleichzeitig gibt es eine Reihe positiver Entwicklungen. Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten haben in vielen Ländern zugenommen; in einigen Ländern findet rund um Großprojekte im Energie-, Infrastruktur- oder landwirtschaftlichen Sektor soziale Mobilisierung statt. In einigen Ländern wie Mauritius haben sich demokratische Strukturen gefestigt. (...)

Derzeit scheinen sich jedoch die Prioritäten der deutschen und europäischen Afrikapolitik zu verschieben. Vor dem Hintergrund wachsender Instabilität und steigender Flüchtlingszahlen rücken Stabilisierung und Sicherheit in den Vordergrund – oft auf Kosten der Demokratieförderung. In den Migrationspartnerschaften setzen Deutschland und die EU finanzielle Anreize zur Rückführung von Flüchtlingen und Reduzierung von Flüchtlings- und Migrationszahlen, die zum Teil zugleich Regime mit erheblichen Demokratiedefiziten stabilisieren und bisherige politische Konditionalitäten aufweichen. Zum anderen

steigt vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte mit terroristischen Gruppen wie Boko Haram und al-Schabaab die Bereitschaft, die Sicherheitskräfte autokratischer Regime zu unterstützen. Solche »Stabilität vor Entwicklung«-Strategien sind sehr riskant. Sie haben in der Vergangenheit (etwa in Ägypten) entwicklungsfeindliche Eliten vorübergehend stabilisiert, die politischen Konflikte aber letztlich verschärft und die Legitimität europäischer Politik untergraben. Gerade in Ländern, in denen die Bundesregierung oder die EU Migrationspartnerschaften abschließen und/oder zusätzliche Gelder zur Stärkung der Sicherheitskräfte bereitstellen, sollten sich die Geber parallel umso mehr dafür einsetzen, dass demokratische Strukturen und Menschenrechte gefördert werden.

Ohne Europa kein signifikanter Einfluss

(...) In der Entwicklungszusammenarbeit haben die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten in den letzten rund zehn bis 15 Jahren bereits vielfältige gemeinsame Lösungen entwickelt, um kleinteilige und nicht abgesprochene Vorgehensweisen zu überwinden. Dies gilt beispielsweise für die »gemeinsame Programmierung« (der Kooperationspakete der EU-Akteure mit afrikanischen Partnerländern) und die Vereinbarungen über Arbeitsteilung zwischen EU-Akteuren und die Delegation von Aufgaben eines Mitgliedstaates an ein anderes Mitgliedsland. Gleichwohl sind diese technisch oft ausgefeilten Ansätze meist nur begrenzt hilfreich, solange bei den Nationalstaaten der politische Wille fehlt, mehr Kompetenzen in der Kooperation auf die europäische Ebene zu übertragen.

Deutschland sollte daher noch proaktiver gemeinsame europäische Ansätze gegenüber afrikanischen Partnern fördern und von anderen EU-Mitgliedstaaten einfordern. Dies gilt für jedes einzelne Politikfeld einschließlich der Entwicklungspolitik. Noch wichtiger ist die europäische Koordinierung jedoch bei politikfeldübergreifenden Strategien. Hierbei kann die EU durchaus auf einige positive Beispiele verweisen. So ist die »Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik«, die die Vizepräsidentin der Kom

mission und Hohe Repräsentantin, Federica Mogherini, den EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2018 vorgelegt hat, ein Beleg dafür, dass auch langfristige Überlegungen zur globalen Nachhaltigkeit Einzug gehalten haben in außen- und sicherheitspolitische Diskurse der EU. (...)

Bislang ist die Kooperation deutscher Akteure stärker durch ein »Nebeneinanderher« als durch ein »Miteinander« geprägt. Deutsche Ressorts sind mit ihren Förderansätzen kaum aufeinander abgestimmt. Vorhaben etwa des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Umweltministeriums und des Auswärtigen Amts werden mit Partnerländern nicht gemeinsam erörtert, sondern stehen oft unverbunden nebeneinander. Weitere Akteure wie etwa die Bundesländer kommen teilweise hinzu; dadurch werden nur schwerlich relevante, aufeinander abgestimmte Strategien geplant und umgesetzt. Dies schmälert den Nutzen der bereitgestellten Ressourcen, schafft aber zugleich vor allem bei den afrikanischen Partnern hohe Transaktionskosten in der Kooperation mit einer Vielzahl von Akteuren. Die Anreize der Ressorts sind eher auf eigene Sichtbarkeit als auf verschränktes Handeln gerichtet. (...)

Erfolge nicht über Nacht zu erwarten

Nur wenn Deutschland und Europa ihre Kooperation im oben beschriebenen Sinne strategischer ausrichten und besser koordinieren, kann signifikanter Einfluss auf afrikanische Entwicklungen genommen werden. Allerdings sollten die Erwartungen nicht überzogen werden. Externe Akteure können immer nur begrenzt Einfluss nehmen. Wie sich die Länder Afrikas entwickeln, hängt in allererster Linie von der nationalen Politik des jeweiligen Landes ab. Wichtig sind daher die Unterstützung nationaler ownership und die Einbettung unterstützender Maßnahmen in nationale und regionale Programme wie beispielsweise die »Agenda 2063«. Auch dann sind Erfolge nicht über Nacht zu erwarten. Die gesellschaftliche Verankerung demokratischer Institutionen oder die Etablierung inklusiver Wirtschaftssysteme sind strukturelle Veränderungen, die sich kaum innerhalb einer Generation realisieren lassen.

Quelle: <http://www.deutschlands-verantwortung.de/beitraege/stabilit%C3%A4t-durch-entwicklung-und-demokratie-eine-neue-afrika-politik-%C3%BCr-deutschland-und-europa> (aufgerufen am 10. April 2019)

D. Kritische Stimmen zur aktuellen Afrikapolitik

Ambivalentes Engagement in Afrika

Europäische Einsätze für Sicherheit und Rohstoffe

Sabine Müller, Gesellschaft für sozial-ökologische Entwicklung e.V., 28.01.2019

Deutschland hat sein Interesse an Afrika entdeckt. Afrika-Pläne und -Initiativen sind in den letzten Jahren aus dem Boden geschossen. Auch der Ausbau eines Militäreinsatzes in Sahelien wird dieser Tage diskutiert. Begründet wird das Engagement mit der Notwendigkeit für humanitäre Hilfe, dem Kampf gegen islamistischen Terrorismus und der Bekämpfung von Fluchtursachen. Mehr Einsatz in Afrika gewährleiste auch mehr Sicherheit in Europa, so die Argumentation führender Politiker*innen. Für uns als direkten Nachbarn habe eine Destabilisierung des afrikanischen Kontinents gravierende Folgen.

Dies klingt zunächst einmal einleuchtend. Verschwiegen wird dabei allerdings, dass bei solchen Einsätzen auch wirtschaftliche Interessen eine wesentliche Rolle spielen. Immer häufiger wird im gleichen Satz von mehr militärischem und wirtschaftlichem Engagement in Afrika gesprochen. So erwähnt die Verteidigungsministerin im Interview mit dem *Süddeutschen Nachrichtenblatt* die positive wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents: „Als Exportnation sollten wir ein boomendes Afrika auch als Chance begreifen.“

Das Entwicklungsministerium hebt zunehmend die Bedeutung Afrikas als wichtigen wirtschaftlichen Partner hervor. Getrieben wird die derzeitige Entwicklungspolitik aber sicherlich nicht von reiner Nächstenliebe. Besonders viel Unterstützung erhalten schließlich nicht solche Staaten, die besonders bedürftig sind, sondern solche, die auch als Handelspartner enge Beziehungen zu Deutschland pflegen. Nach Angaben der Weltbank steigen die deutschen Exporte um 0,83 Dollar für jeden zusätzlichen Dollar, der an Entwicklungshilfe gezahlt wird. Damit fördert die Entwicklungshilfe also vor allem die deutsche Wirtschaft, während die Interessen der afrikanischen Bevölkerungen häufig außer Acht gelassen werden.

Egoismus kann man aber nicht nur der deutschen Politik vorwerfen. Das zeigt das bereits

eingangs erwähnte Beispiel Saheliens, wo Frankreich stark um Unterstützung seiner europäischen Partner wirbt. Insgesamt baut Frankreich seit Jahren seine Militärpräsenz in den ehemaligen afrikanischen Kolonialgebieten aus. Die französische Regierung fordert mehr europäische Verantwortung in den Kriesenregionen Afrikas und insbesondere mehr militärisches Engagement aus Deutschland. Dabei hat Frankreich ein durchaus fragliches Eigeninteresse an einer Stabilisierung des Landes: Weniger die Sorge um die sahelische Bevölkerung treibt die französische Regierung, sondern vielmehr die Sorge um die dort liegenden Rohstoffe. In Sahelien sind es vor allem die Uranminen im Norden, deren Sicherung Frankreich im Blick hat. Ein Drittel seines Urans bezieht das Land zudem aus dem Nachbarland Niger, das auch durch terroristische Gruppen aus Sahelien bedroht wird. Die atomare Unabhängigkeit und Sicherung der Energieversorgung steht in Frankreich weit oben auf der politischen Agenda.

Das Aufstreben Chinas und seine zunehmende Präsenz in vielen afrikanischen Staaten stachelt die Europäer zusätzlich dazu an, ihre Interessen in Afrika zu verteidigen. China ebnet seinen Weg zu einer industriellen Weltmacht auch über die Absicherung von Rohstoffen. Seit fast zwei Jahrzehnten sichert sich China Schürfrechte und Abbaugenehmigungen in verschiedenen afrikanischen Staaten. Als Gegenleistung bieten die Chinesen dafür Infrastrukturentwicklung an und finanzieren so Straßen, Schulen und Krankenhäuser. Damit stellt China eine enorme Konkurrenz für europäische Staaten dar, die lange davon ausgingen, den afrikanischen Kontinent einfach unter sich aufteilen zu können. Um sich dem Vorgehen Chinas nun entgegenstellen und im Wettlauf um Land und Rohstoffe auf dem afrikanischen Kontinent nicht den Anschluss zu verlieren, werden nun auch militärische Einsätze gerechtfertigt.

Frankreichs Rolle in Afrika: Ex-Kolonialmacht als Friedensstifter?

Süddeutsches Nachrichtenblatt, 28.3.2019, Daniel Rossié

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, soll der Bundestag demnächst über eine Ausweitung des Einsatzes deutscher Truppen in Sahelien im Rahmen der EU-Mission EUMISA entscheiden. Die stärkere Präsenz deutscher Soldatinnen und Soldaten soll dazu beitragen, den Dschihadismus in der westafrikanischen Republik zu bekämpfen und unser Nachbarland Frankreich partnerschaftlich zu unterstützen und zu entlasten. Beide Ziele sind legitim und nachvollziehbar. Allerdings dürfen Friedens- und Sicherheitsüberlegungen nicht die strategischen Interessen der beteiligten Akteure verbergen.

Zunächst einmal lohnt der Hinweis, dass militärische Maßnahmen allein nicht ausreichen, die islamistischen Gruppen zu bekämpfen. Der Ausbau der Infrastruktur, die Unterstützung der lokalen Bevölkerung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Sahelien sind nicht minder entscheidend. Denn islamistische Gruppen gewinnen auch dann an Macht, wenn die Bevölkerung keine anderen Perspektiven sieht.

Eine wichtige Frage ist aber auch, ob es wirklich europäische Truppen sein müssen, die in Sahelien für Sicherheit sorgen. Und welche Interessen diese verfolgen. Denn Frankreich, das den Einsatz initiiert hat, ist keineswegs ein neutraler Akteur. Der Einsatz in Sahelien kann nicht bewertet werden, ohne einen Blick auf die französische Afrikapolitik zu werfen.

Seit Ende der Kolonialzeit hat Frankreich enge Beziehungen zu den afrikanischen Staaten und deren Herrschern bewahrt. Kurz könnte die französische Afrika-Politik seitdem so zusammengefasst werden: Unterstützung der Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent, um die wirtschaftlichen und politischen Interessen Frankreichs in Afrika zu sichern. Zurück geht die sogenannte Françafrique-Politik auf Charles de Gaulle, der auch in post-kolonialen Zeiten den französischen Einfluss im rohstoffreichen Afrika aufrechterhalten wollte. Entstanden ist ein Netzwerk aus Beziehungen und Abhängigkeiten, das nur schwer zu durchschauen und mehr als zweifelhaft ist. Bekannt ist, dass sich französische Präsidenten nicht scheuten, umstrittene politische Regime und Staatsoberhäupter zu unterstützen. Zahlreich sind

die Gerüchte über französische Beteiligungen an Wahlfälschungen, Putsch(versuchen) oder militärischen Geheimoperationen. Im Jahr 2011 gab es Enthüllungen eines ehemaligen Regierungsbefehlshabers, laut dem französische Staatsoberhäupter seit Jahrzehnten illegal Gelder von Herrschern in Afrika erhielten. Geld und Sicherung der Rohstoffquellen für Frankreich gegen Sicherheit und Straffreiheit für afrikanische Alleinherrscher'.

Schon mehrere Präsidenten kündigten eine Abkehr von der Francafrigue-Politik an. Bisher fand jedoch kein klares Umdenken statt. Frankreichs Afrikapolitik bleibt geprägt von einer postkolonialen Haltung, die die eigenständige Entwicklung der afrikanischen Gesellschaften behindert.

Auch in Westafrika zeigt sich die starke Präsenz französischer Militärs und Milliarden. Ein großer Teil des französischen Uran-Bedarfs kommt z.B. aus Niger, eines der drei ärmsten Länder der Welt. Im Oktober 2014 wurde der Präsident von Burkina Faso nach fast 20 Jahren an der Macht von der Bevölkerung gestürzt. Französische Elitetruppen brachten den Autokraten damals ins Nachbarland Elfenbeinküste.

Selbstverständlich stellt der islamistische Terrorismus in Afrika eine Gefahr auch für Europa dar, die insbesondere Frankreich nach den Anschlägen von Paris und Straßburg Sorgen bereiten muss. Dabei darf man aber nicht die sonstigen politischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs übersehen. Westafrika ist reich an geostrategischen Ressourcen wie Öl, Gas, Gold und Uran. Eine Destabilisierung der Region hätte für Frankreich Folgen, die über ein reines Sicherheitsinteresse hinausgehen.

Dies sollten unsere Politikerinnen und Politiker beachten, wenn sie Truppen nach Sahelien entsenden. Die Aufgabe der deutschen Bundeswehr mag es sein, Frieden - auch auf dem afrikanischen Kontinent - zu sichern. Ihre Aufgabe ist es nicht, neokoloniale Machtstrukturen zu stärken. Diese dienen übrigens ausgerechnet den Dschihadisten als Argument für ihre Ausweitung - denn die islamistischen Gruppen inszenieren sich gern als antikoloniale Befreiungsbewegung.

E. Reportagen und Hintergründe

Konfliktherd Sahelien: Sicherheitslage in Westafrika verschlechtert sich

Berliner Post, 8.4.2019, Melanie Sommer

Von vielen Konfliktherden wird derzeit berichtet. Wenig Gehör findet dabei Westafrika, obgleich sich die Sicherheitslage dort zunehmend verschärft. Die gesamte Sahelzone ist von einer wachsenden Unsicherheit betroffen, Terrorgruppen wie Boko Haram breiten sich aus.

In Burkina Faso häufen sich seit dem Sturz des Langzeitherrschers Blaise Compaoré im Jahr 2014 Gewalt und Überfälle. Seit 2015 kamen über 230 Menschen durch Anschläge ums Leben. Die kriminellen Gruppen stammen meist aus Sahelien, das seit dem blutigen Konflikt 2013 nicht zur Ruhe kommt, mit schweren Auswirkungen auch auf die dortige Bevölkerung:

Mehr als eine halbe Million Menschen flohen 2012/2013 als Kriegsflüchtlinge aus dem Westen Saheliens in die Nachbarländer oder den Osten des Landes. Die Kämpfe zwischen der sahelischen Armee und radikalen Islamisten hatten zu massiven Flüchtlingswellen und einer Verschlechterung der humanitären Lage geführt. Viele sahelische Flüchtlinge hoffen seitdem auf Rückkehr.

Die Sicherheitslage im Westen des Landes ist jedoch weiterhin labil. Der Wiederaufbau verläuft schleppend, immer wieder kommt es zu Terroranschlägen. Gewalt und Kriminalität

nehmen zu. Auch die Ernährungslage gilt in weiten Teilen des Landes als ungenügend. Die Lebensmittelpreise sind dramatisch gestiegen. Laut dem Hilfswerk der Vereinten Nationen sind 1,5 Millionen Menschen in Sahelien von einer unsicheren Ernährungslage betroffen. In diesem Zusammenhang stellt eine Rückkehr für die geflüchtete Landbevölkerung weiterhin eine Gefahr dar, eine tatsächliche Entspannung der Lage ist derzeit nicht in Sicht. Die Bevölkerung in der gesamten Region wächst zudem rasant. Der Klimawandel verschärft die Konkurrenz um Wasser und Land.

Die angespannte Sicherheitslage wird dadurch verschärft, dass nicht nur Islamisten dort Gewalt und Terror verbreiten. Seit Jahren kommt es auch zu Gewalt zwischen Milizen verfeindeter Ethnien und Kommunen. Die Ausweitung der Gewaltakteure wird dadurch begünstigt, dass die Konflikte sich vor allem fernab der Städte in Gegenden mit wenig Polizei- und Militärpräsenz abspielen. So können Terror, Gewalt und Schmuggel weitgehend ungehindert Grenzen überschreiten.

Angriffe auf EU-Ausbildungsmission in Sahelien

Süddeutsches Nachrichtenblatt, 2. März 2019, Lea Baumann

Am 28. Februar kam es zu einem Anschlag auf ein Camp der EU-Ausbildungsmission EUMISA im Süden Saheliens. Zwei sahelische Soldaten wurden verletzt, Soldaten aus europäischen Ländern kamen nicht zu Schaden. Schlimmeres konnte verhindert werden, da spanische Sicherheitskräfte rechtzeitig das Feuer auf das heranfahrende mit Bomben versehene Fahrzeug eröffneten. Die sich in dem

Pickup-Truck befindenen Selbstmordattentäter wurden dabei getötet. Zu dem Anschlag bekannte sich eine islamistische Terrororganisation. Besorgniserregend an dem Vorfall ist, dass der Süden des Landes bisher als verhältnismäßig sicher galt. Im Norden ist Gewalt an der Tagesordnung. Regelmäßig kommt es hier zu Angriffen gegen UN-Truppen.

Informationen der Deutschen Botschaft in Berberien

Berberien - Außenpolitik

Berberien blickt mit Stolz auf seinen 30-jährigen Demokratisierungsprozess. Seit Ende der Militärdiktatur 1987 wurden bereits sieben als frei und transparent anerkannte Wahlen durchgeführt, Grundrechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit sind in Berberien fest verankert. Im afrikanischen Vergleich zeichnet sich Berberien durch politische Stabilität und ein hohes Maß an Liberalität aus.

Berberien betreibt eine aktive Außenpolitik und verfügt über ein enges Netzwerk an diplomatischen Beziehungen. Die regionale Kooperation stellt einen Schwerpunkt der berberischen Außenpolitik dar. Das Land sieht sich selbst als Stabilitätsanker in Westafrika und hat gegenüber den Nachbarländern einen ausgleichenden Einfluss. Die berberische Regierung betreibt seit vielen Jahren eine Politik, die auf gute Nachbarschaft und regionale Integration setzt. Aus diesem Grund ist Berberien auch ein besonders aktives Mitglied in der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS).

Auch zur Europäischen Union (EU) pflegt das Land enge Beziehungen. Berberien hat großes Interesse an der Umsetzung des "Economic Partnership Agreement" (EPA) zwischen der EU und der ECOWAS, mit dem die Mitgliedstaaten privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt erlangen und der westafrikanische Markt teilweise für europäische Exporte geöffnet würde. Zwischen Berberien und der EU bzw. einzelnen Mitgliedstaaten der EU besteht eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit. In zahlreichen Programmen und Projekten findet ein intensiver Austausch und Abstimmung statt.

Vor Ort in Sahelien:

Eine Hauptstadt unter Druck, verlassene Dörfer im Westen und eine Landbevölkerung in Angst

Berliner Prisma, 01. Februar 2017, von Sarah Lieberknecht

Nachdem die Kontrolle über das gesamte Hoheitsgebiet wiederhergestellt ist, ist der Weg in die westlichen Landesteile Saheliens auch für Journalisten wieder möglich. Ich schließe mich einer Delegation von Ärzten ohne Grenzen an, die auf dem Weg ist in die Provinzhauptstadt Maradi, um Unterstützung im örtlichen Krankenhaus zu leisten. Radikale Islamisten hatten hier Ende 2011 eine Schreckensherrschaft errichtet und die Unabhängigkeit erklärt - Frauen mussten sich tief verschleiern, Alkohol, Musik und Zigaretten waren als angebliche Symbole des ungläubigen Westens verboten. Erst mit der Unterstützung Frankreichs konnten die sahelischen Gruppen 2015 auch die westlichen Landesteile wieder komplett zurückerobern.

Die Vereinten Nationen warnen jedoch weiterhin vor einer humanitären Katastrophe im Binnenland Sahelien – im Westen aber vor allem auch in den Grenzgebieten zu den Nachbarländern, in die viele nicht-muslimische Sahelier flüchteten. Zehntausende Vertriebene sind bedroht von Krankheiten, Hunger und dem Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen. In der Sahelzone, die erst vor 4 Jahren eine schreckliche Dürreperiode und Hungersnot erlebte, hatten sich die Menschen gerade marginal von der Krise erholt, als der Terror anfing und die Lebensmittelsituation sich erneut verschlimmerte.

Auch in der Hauptstadt Bouroum sind die Auswirkungen spürbar. Nicht-muslimische Minderheiten aus den westlichen Landesteilen, campieren in einem Lager in der Nähe des von französischen Soldaten kontrollierten Flughafens. Tausende Muslime verschanzen sich in ihren Vierteln, nicht zuletzt aus Angst vor gegen sie gerichtete Raketaten.

Gemeinsam mit den Ärzten ohne Grenzen mache ich mich aus der Hauptstadt auf in Richtung der westlichen Provinzen. Je näher wir gen Westen kommen, desto mehr ähneln die Straßen verlassenen Geisterstrassen. Nur wenige Autos kommen uns noch entgegen, bald sind die ersten verbrannten und geplünderten Hütten zu sehen.

Das 9,47 Mio. Einwohner zählende Sahelien ist an Krisensituationen durchaus gewöhnt. Neben Hungersnöten, war auch die politische Lage über Jahrzehnte hinweg geprägt von Gewaltherrschaft und Totalitarismus. Selbst nach der Absetzung der seit der Unabhängigkeit herrschenden Einparteienregierung von „Hoheit“ Abasso im Jahre 1987 durch einen Militärputsch, verlief der Prozess hin zu einem demokratischen Mehrparteiensystem schleppend. Der Konflikt im Westteil des Landes erinnert allerdings an düsterste Zeiten zurück. Viele Dörfer sind quasi ausgestorben. Die Einwohner flüchteten in angrenzende Länder oder in den Busch.

Unter den Auseinandersetzungen leidet vor allem die Landbevölkerung, die auch zu Friedenszeiten schon zu den ärmsten der Welt zählte. Tausende befinden sich auch weiterhin, selbst nach Wiederherstellung der Kontrolle der sahelischen Regierung über das den Westen, in akuter Lebensgefahr, warnt die UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay. Unter der Massenflucht leidet aber auch die Wirtschaft.

Angekommen in der Provinzhauptstadt wird die Dringlichkeit von Unterstützung deutlich. Das Krankenhaus ist das einzige in Betrieb in der gesamten Umgebung. Die Vereinten Nationen haben bisher erst 30 Prozent der versprochenen 400 Millionen Dollar generiert. Auch die Verstärkung und Unterstützung der sahelischen und französischen Truppen lässt auf sich warten. Schnell wird mir klar, wie wichtig die Unterstützung ausländischer Truppen bei der Ausbildung der sahelischen Streitkräfte und Polizei ist. Die Armee ist ein Spiegelbild des Landes, das auch über 50 Jahre nach Staatsgründung um nationalen Zusammenhalt kämpft. Viele Soldaten fühlen sich stärker ihren jeweiligen Clans als dem Staat verpflichtet. Frisch eingekleidete Soldaten auf Pickups fahren zwar durch die Straßen von Maradi, in ihrem Hauptquartier sieht man sie schon früh morgens beim Saufen. Die Angst im Westen Saheliens ist groß, dass es nach Abzug der Franzosen wieder zu Gewaltexzessen kommen wird, weil die Islamisten zurückkehren und Rache nehmen.

Am schlimmsten ist die Korruption

Jens Buschinowski, Norddeutsche Zeitung, 25. März 2019

„Am schlimmsten ist die Korruption,“ das ist die einhellige Meinung vieler Sahelier. Tragisches Beispiel für korrupte Verhaltensweise und kleine – wie nötige – Nebenverdienste aus illegalen Geschäften kommt aus dem aktuellen Konflikt im Osten des Landes. Viele Soldaten der sahelischen Armee, die aktuell eingesetzt werden, um die Konfliktregion zu befrieden, haben die Islamischen Rebellen-Kämpfer selbst mit Waffen ausgestattet. Da die Löhne der Soldaten so niedrig sind und nicht ausreichen, um die Familien zu ernähren, haben diese Teile Ihrer Munition an die Rebellen verkauft. Diese wussten damals noch nicht, dass die Munition bald gegen sie verwendet werden würde.

Die niedrige Entlohnung beim Militär, bei der Polizei sowie in den meisten anderen Sektoren ist ein schwerwiegendes Problem, das die Korruption im Land fördert. Sahelien liegt auf dem Korruptionsindex von Transparency International im Jahr 2018 auf Platz 120 von 175. Korruption ist allgegenwärtig und einer der Haupthinderungsgründe für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes. Beim Human Development Index liegt Sahelien weltweit auf Rang 182. Das heißt konkret: Nur jeder Vierte Sahelier kann lesen, nicht einmal 700 Euro beträgt die jährliche Wirtschaftsleistung eines Einwohners, fast ein Fünftel der Kinder stirbt vor dem sechsten Geburtstag, die Lebenserwartung liegt bei wenig mehr als 51 Jahren.

Obwohl die Regierung mit der Hilfe Frankreichs die von den Rebellen kontrollierten Gebiete zurückerobern konnte und ihre Macht so wieder hergestellt ist, sollten so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden. Denn vor allem die alten Eliten sind verantwortlich für die überbordende Korruption. Sie leben in Protz und Prunk hinter hohen bewachten Mauern in der Hauptstadt, während die Bevölkerung am Stadtrand und in den ländlichen Gebieten die täglichen Lebenshaltungskosten für die Familie nicht aufbringen kann. In den vergangenen Jahren wurden auch große Summen an Entwicklungsgelder veruntreut - unter anderem gezahlt von Deutschland.

Das Geld versickerte in Ministerien und bei korrupten Beamten. Geschätzte 140 Millionen Euro verschwanden alleine zwischen 2010 und 2015 durch Unterschlagung aus dem Staatsbudget. Hier wird das Versagen staatlicher Strukturen in Sahelien deutlich.

Dabei wird eine der wichtigsten kommenden Aufgaben der sahelischen Regierung sein, den Menschen wirtschaftliche Alternativen für fundamentalistische Religion zu bieten und ebenso den Rückgriff auf korrupte Praktiken verzichtbar zu machen. Denn nicht zuletzt die wirtschaftliche Not der Bevölkerung im Osten des Landes machte diese empfänglich für die Angebote der Islamisten. Denn diese köderten die Gemeinschaften mit finanzieller Hilfe sowie mit Lebensmitteln. Die Regierung muss endlich den Ursprung und nicht die Symptome der Armut im Land bekämpfen. Zusätzlich muss die Regierung versuchen während des Konflikts entstandene anti-muslimische Haltungen bestimmter Bevölkerungsgruppen wieder abzumildern und für einen Versöhnungsprozess zwischen den Ethnien und Religionen zu sorgen.

Eine wichtige Grundlage für die Stabilität des Landes ist die Entwicklung der Industrie. Neben der Diversifizierung der Wirtschaft, müssen die wichtigsten Exportgüter Saheliens – Gold und Salz – effektiv genutzt werden. Der Rohstoffsektor muss ausgebaut werden, vor allem mit der Goldförderung kann Mali Gewinnen erzielen, die für den weiteren Aufbau des Landes unverzichtbar sind. Allerdings braucht es dazu faire Verträge mit ausländischen Bergbauunternehmen. Auch faire Handelsbedingungen würden zu einer Wirtschaftsförderung in Mali maßgeblich beitragen. Hier ist die Europäische Union gefragt ihre Außenpolitik möglicherweise zu überdenken. Der freie Zugang zu Industriemärkten könnte für das westafrikanische Land sehr viel mehr bringen als Milliarden an Entwicklungshilfe, denn sonst ist Sahelien mit seinen Produkten nicht konkurrenzfähig – vor allem im Vergleich zu Produzenten aus Asien.